

...Schle, Schu...  
...arbeiten...  
...10. Juni...  
...Schlichtungs...  
...280-340...  
...20-31...  
...17...  
...12-18...  
...19...  
...1-2...  
...13...  
...13.50...  
...10.45-10.65...  
...10...  
...8...  
...14.50...  
...20-9.60...  
...Tabakhalle...  
...2 Uhr...  
...Schmid...

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feststunden“ „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt Nagold monatlich RM. 1.50 einchl. 13 bezug, 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatlich RM. 1.40 einchl. 13 Pfg. Zustellgebühr, zusätzl. 50 Pfg. Bestellgeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftst. Druck und Verlag: G. W. Zoller (Joh. R. Zoller), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Borsitz-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Anzeigen 10 J., Sammel-Anzeigen 50% Zuschlag - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Stellen, wie für teils. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postk. No. Stuttgart 5113

Nr. 125

Geegründet 1827

Mittwoch, den 1. Juni 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

## Der tiefere Grund des Reichskabinetts-Rücktritts

Der nach den Ereignissen des Sonntags nicht mehr überraschend erfolgte Rücktritt der Regierung Brüning scheint, wenn nicht alle Anzeichen trügen, der Lusthaft zu einem Wechsel des Gesamtkurses in der Reichspolitik zu sein. Zunächst handelte es sich um gewisse Bestimmungen der neuen Notverordnung, vor allem hinsichtlich der Siedlungsfrage und der Kriegrenten, die der Reichspräsident in ihrer schematisierenden und schroffen Form ablehnte, rundweg ablehnte. Namentlich erhob er Einspruch gegen die sofortige Zerstückelung großer Güter im Osten, bei der Mißgriffe kaum auszuschließen seien, wenn nicht Sachverständige aus den Kreisen der Landwirtschaft selbst bereitwillig eingreifen könnten. Reichsarbeitsminister Stegerwald glaubte dagegen vor seinem gegenwärtigen Standpunkt, den er mit allen Kräften verfocht, nicht mehr abgeben zu können. Gerade diese Meinungsverschiedenheit, bei der weniger die Person Brünings als die Stegerwalds eine Rolle spielte, hat wesentlich zur Verschlechterung der Lage des Kabinetts Brüning beigetragen.

Schwierigkeiten ergaben sich für den Reichkanzler auch aus der immer dringlicher werdenden Neuabteilung freigewordener Posten im Reichskabinetts. Dr. Brüning hat mit einer Reihe von Persönlichkeiten verhandelt, aber keine einzige feste Zusage erhalten. Dazu kam, daß namentlich Minister Gröner in letzter Zeit Gegenstand mannigfacher Meinungsverschiedenheiten geworden war. Während der Reichstanzler entschlossen war, an Gröner wenigstens als Innenminister festzuhalten, da er mit ihm die Verantwortung für das S. L. Verbot teile, verhielt sich der Reichspräsident gegenüber der ferneren Betrauung Gröners mit dem Ministerium des Innern durchaus ablehnend.

Die letzte und wirkliche Entscheidung kam jedoch nicht von diesen Einzelheiten, sondern von der aus den politischen Machtverhältnissen geborenen und von dem Reichspräsidenten nach erkanntem Notwendigste eines entscheidenden Kurswechsels in der gesamten Reichspolitik gemäß der in den verschiedenen Landtagswahlen zutage getretenen Volksstimmung. Diese Auffassung des Reichspräsidenten ist keineswegs neuesten Datums. In politischen Kreisen war es seit langem bekannt, daß der Reichspräsident aus seiner streng verfassungsmäßigen Einstellung heraus das Regieren durch Notverordnungen im Grund nie gebilligt und gewisse Notverordnungen nur mit einem inneren Widerstreben unterzeichnet hat. Diese Einstellung hat sich besonders unter dem Einfluß der Wahlen in Oldenburg gefestigt. Der Reichstanzler war zu gewissen Zugeständnissen bereit, die vor allem in der persönlichen Ergänzung des Kabinetts zum Ausdruck kommen sollten, aber den von Hindenburg gewünschten entschiedenen Kurswechsel lehnte er ab. Daraus erklärt sich, daß der Reichspräsident die bisherige Reichsregierung zwar mit der formellen Weiterführung der Geschäfte beauftragt, aber Dr. Brüning nicht die Neubildung des Kabinetts übertragen hat.

Das Ziel des Reichspräsidenten ist nunmehr die Bildung eines Kabinetts aus starkem und leistungsfähigen Persönlichkeiten.

### Tagespiegel

Reichskanzler Brüning hat am Dienstag dem Diktatorischen Korps keine Abschiedsbesuche abgestattet.

Der Vorkonzert des Reichstags hat gegen die Stimmen der Deutschnationalen, NSDAP. und Kommunisten beschlossen, den Reichstag nicht am 6. Juni, sondern erst nach Bildung der neuen Regierung einzuberufen, wenn der neue Reichskanzler eine Regierungserklärung abgeben könne. Diefelbe Mehrheit beschloß, daß Art. 24 der Verfassung (Einberufung des Parlaments auf Verlangen eines Drittels der Abgeordneten) auf den Reichstag nicht anwendbar sei.

Beim Aufziehen der Marinewache in Berlin am Dienstag mußte die Polizei fast auf dem ganzen Weg gegen rabauflustige Ansammlungen mit dem Gummiknüppel vorgehen.

Die Minister des Kabinetts Lardieu sind am Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zu ihrer letzten Beratung zusammengetreten.

Die französischen Sozialisten haben das Angebot der Radikalen Partei, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen, angenommen. Es soll ein gemeinsames Programm ausgearbeitet werden.

Amerika ist bereit, an einer Konferenz nach der Lausanner Konferenz sich zu beteiligen, wenn die Lausanner Konferenz zu einer Einigung über die Reparationen gelangt sei und so der Weg zu einer Zusammenarbeit der ehemaligen Kriegsgegner vorbereitet werde.

Die türkischen Minister sind von Rom wieder nach Ankara abgereist. In den Verhandlungen wurde, wie das halbamtliche „Giornale d'Italia“ mitteilt, der türkisch-italienische Freundschaftsvertrag erneuert und die Interessengemeinschaft zwischen Italien, der Türkei und Rußland, namentlich in bezug auf den Balkan, befestigt.

Die rumänische Regierung Jorga ist zurückgetreten.

...lächeln, wobei er streng verfassungsmäßig verfahren wird. Dabei denkt der Reichspräsident, wie verläutet, nicht an ein Ueberleitungskabinetts, das zunächst den Auftrag hätte, den Reichstag aufzulösen, Neuwahlen auszuschreiben und dann auf Grund der neuen Mehrheitsverhältnisse die Neubildung einer ausgesprochen parlamentarischen Regierung herbeizuführen. Sollte sich jedoch der Reichstag zur Mitarbeit mit dem neuen Kabinetts aus irgendwelchen Gründen verweigern, so würde das Kabinetts zur Auflösung des Reichstags und zur Anordnung von Neuwahlen ermächtigt werden.

Wie weit diese Gerüchte begründet sind, sieht dahin. Zunächst wird der Reichspräsident die Parteiführer und andere Persönlichkeiten hören, dann aber seine Entscheidung rasch treffen. Da aber die Rechte, wie von ihrer Seite wiederholt erklärt wurde, zur Mitarbeit nur unter der Bedingung bereit wäre, daß auf jeden Fall Neuwahlen durchgeführt werden, so könnte die Möglichkeit von Reichstagswahlen sehr in die Nähe rücken.

Reichskanzler Dr. Brüning ist noch etwas mehr als zweijähriger Amtzeit - er übernahm das Kanzleramt am 30. März 1930 - nicht durch den Reichstag gesürzt worden, der nach dem bisherigen parlamentarischen Brauch dazu berufen gewesen wäre. Vielmehr ist Dr. Brüning als erster Kanzler des Deutschen Reichs seit 1918 durch eigenen Willensakt des Reichsoberhauptes entlassen worden. Nichts kann die grundlegende Verschiebung in der politischen Machtverteilung zwischen den beiden großen repräsentativen Organen der Nation - Reichspräsident und Reichstag - deutlicher dargetan. Es ist Brünings tragisches Schicksal, daß gerade er den Reichstag aus den politischen Entscheidungen ausgeschaltet und es verflumt hat, die verantwortliche Reichspolitik an die im Volk vorhandenen Willensströmungen anzupassen. Er ist in der gesetzgeberischen Halbschicht des Notverordnungssystems festengeblieben. Das ganze Gebäude der Notverordnungen seit dem 18. Juli 1930 blieb hinter der stürmischen Entwicklung der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik zurück. Die große Dezember-Notverordnung vom vorigen Jahr sollte nach der Häufung von neuerlichen und sonstigen Vätern der Schlachtfeld eines Gebäudes sein, dessen Sinn und Zweck es war, die Lebenshaltung des gesunkenen deutschen Volks abzubauen. Bei allem Wutren war bis dahin das deutsche Volk doch noch aus einem Gefühl schicksalshafter Unentrichtbarkeit gefolgt. Als sich dann aber im Frühjahr schon während der Vorbereitungen des ersten Präsidentenwahlkampfes ein erheblicher Teil der Dezembermaßnahmen als unwirksam oder nicht ausreichend erwieis, befristet der Reichskanzler Dietrich mit dem ihm eigenen Temperament, daß neue Steuerpläne im Schoß des Reichskabinetts erwogen würden. Knapp acht Wochen später wurden dann schon die Grundzüge der neuen Steuern, Beschäftigungsbeschränkung, Verminderung der sozialen Leistungen usw. bekanntgegeben. Ist es da ein Wunder, daß das Volk topfisch wurde?

Dem scheidenden Kanzler persönlich wird niemand die Anerkennung seiner Lauterkeit und Unbestechlichkeit, seiner leidenschaftlichen Sachlichkeit, seines Verantwortungsmuts, seiner reiflichen Hingabe an die gestellte Aufgabe verweigern können. In den kurzen Reichstagsessionen hat er sich als geschickter parlamentarischer Taktiker erwiesen. In seiner Außenpolitik sind greifbare Erfolge bis jetzt nicht zu verzeichnen, aber es muß ausgesprochen werden, daß Dr. Brüning in einem wichtigen Punkt der deutschen Gesamtpolitik der Willensmeinung des ganzen deutschen Volks Rechnung zu tragen verstanden hat; er hat unseren Tributgegnern im Januar 1932 das ehrliche deutsche Nein zugerufen, das schon 1929 in Haag hätte gesprochen werden müssen. Hierin ist Brüning großes und entscheidendes Verdienst zu erblicken. Er glaubte, wie er im Reichstag sagte, „die letzten 100 Meter“ vor dem Ziel zu sein. Deutschland geht in den nächsten Wochen und Monaten sehr wahrscheinlich sorgenschweren und harten Zeiten entgegen. Die Erben der Außenpolitik Brünings werden daher ihr Augenmerk besonders darauf zu richten haben, daß an dem, was bis jetzt in der Tributfrage erreicht, auch nicht um Haarsbreite etwas preisgegeben wird.

### Das Ergebnis der Vormittagsverhandlungen

Berlin, 31. Mai. Bis jetzt haben alle Parteien, mit deren Vertretern der Reichspräsident gesprochen hat, erkennen lassen, daß sie bereit seien, an der Lösung der Regierungskrise mitzuwirken. Jedoch haben die Führer des Zentrums erklärt, ihre Partei sei nicht in der Lage, sich an irgendeiner Kombination zu beteiligen. Das Zentrum will offenbar abwarten, wie die neue Regierung aussieht. Eine positive Beteiligung des Zentrums an einem überleitenden sogenannten Präsidialkabinetts kommt aber danach nicht in Frage. Dagegen wird freilich nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum vorläufig das neue Kabinetts „dulden“ oder „tolerieren“ würde. Es gilt als sicher, daß Dr. Brüning das auswärtige Amt nicht übernehmen wird, wie es der Wunsch des Reichspräsidenten entsprochen hätte. Der Reichspräsident wird seine Besprechungen heute nachmittag fortsetzen und man rechnet damit, daß es ihm bis zum Abend gelinge, so weit Klarheit zu schaffen, daß er

am Mittwoch mit den Persönlichkeiten Fühlung nehmen wird, die nach seiner Auffassung in erster Linie für das Kanzleramt in Frage kommen.

### Die Haltung des Zentrums zur Regierungskrise

Berlin, 31. Mai. Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, dürfte, wie aus Zentrumskreisen verlautet, bei seinem heutigen Empfang beim Reichspräsidenten Gelegenheit genommen haben, dem Reichsoberhaupt mitzuteilen, führende Zentrumstreife seien der Ansicht, daß man Reichstagsneuwahlen kaum aus dem Wege gehen könne. Die Haltung der Zentrumstraktion zu dem kommenden Kabinetts werde von dem Programm und der Zusammensetzung dieses Kabinetts abhängig gemacht. Eine Beteiligung irgendeines Parteiangehörigen an dem neuen Kabinetts werde ohne Zustimmung der Reichsparteileitung nicht anerkannt.

### Die Nationalsozialisten wollen die volle Verantwortung übernehmen

Berlin, 31. Mai. Wie dem NSDAP. von nationalsozialistischer Seite erklärt wird, nahmen die Besprechungen Adolf Hitlers und Görings mit dem Reichspräsidenten einen befriedigenden Verlauf. Dieser Eindruck bei den nationalsozialistischen Unterhändlern sei darauf zurückzuführen, daß Reichspräsident v. Hindenburg sich in dem Gespräch nicht abgeneigt gezeigt habe, einer neuen Reichsregierung die Ermächtigung zur Reichstagsauflösung zu geben. Im übrigen habe Hitler erklärt, für die Nationalsozialisten würde keine Regierung, wie sie auch immer aussehen möge, tragbar sein, die den Charakter einer Kompromißregierung hätte. Andererseits aber seien die Nationalsozialisten jederzeit bereit, nicht nur die Regierung, sondern die volle Verantwortung zu übernehmen, immer unter der Voraussetzung, daß der Reichstag neu gewählt werde.

Im übrigen verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß die Kandidatur des Grafen Westarp für das Kanzleramt in den Hintergrund getreten sei und daß man jetzt an den rechtsgerichteten Zentrumspolitiker v. Papen denke. Adolf Hitler dürfte jedoch auch darüber keinen Zweifel gelassen haben, daß v. Papen gleichfalls nicht auf eine Tolerierung durch die Nationalsozialisten rechnen könne.

In nationalsozialistischen Kreisen denkt man sich die weitere Entwicklung offenbar so, daß zunächst ein Kabinetts unter nationalsozialistischer Führung und unter Beteiligung der Deutschnationalen, vielleicht auch der Deutschen Volkspartei, gebildet werde, das mit einer Regierungserklärung vor den Reichstag trete und diesen dann auflöse. Die Wahl des neuen Reichstags würde dann allerdings so verzögert werden müssen, daß die Neuwahlen, die nach Artikel 23 der Reichsverfassung spätestens am 60. Tag nach der Auflösung stattgefunden haben, erst nach der Ernte, also Mitte September, vorgenommen werden können. Nach Absatz 2 des Artikels 23 müßte der neue Reichstag dann zum erstenmal spätestens am 30. Tag nach der Wahl zusammenzutreten.

Eine geschäftsführende Regierung kann nach parlamentarischen Brauch keine wichtigen Gesetze, also auch keinen Haushaltsplan dem Parlament vorlegen. Nun hat aber das bisherige Kabinetts den Reichshaushaltplan für 1932 nur zum Teil fertiggestellt und er ist nur bis Ende Juni gesichert. In der Zwischenzeit ist jedoch die endgültige Aufstellung des Plans kaum möglich, es dürfte daher mindestens ein weiterer Haushaltsmonat als Übergang notwendig werden.

Von den Blättern wird hervorgehoben, daß der Empfang der sozialdemokratischen Führer Wels und Breitheid beim Reichspräsidenten sehr kurz war, während Adolf Hitler und Reichstagsabgeordneter Hauptmann Böhring über ¼ Stunden bei Hindenburg weilten.

Beiläufig sei noch bemerkt, daß noch folgende Landtagswahlen bevorstehen: am 5. Juni in Mecklenburg-Schwerin, am 19. Juni in Hessen und am 4. Dezember in Thüringen.

In einer Versammlung von über 7000 Amtswaltern der NSDAP. in Berlin erklärte der Gauleiter Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels, durch die Notverordnungen sei das Eigenleben der Einzelstaaten derart beschnitten worden, daß die Wiederherstellung nur über das Reich durchgeführt werden könne.

### Hitler an Stelle Brünings?

München, 31. Mai. Dr. Goebbels erklärt im „Bäffischen Beobachter“, Dr. Brüning sei nicht nur als Kanzler, sondern auch als Außenminister unmöglich geworden. Der Reichspräsident wolle auf dem üblichen parlamentarischen Weg zu einer Neubildung des Kabinetts kommen. Das könne nur bedeuten, daß die nationale Opposition, geführt vom Adolf Hitler, die Dinge entscheidend bestimme und daß der Reichstag aufgelöst werde.

Alfred Rosenberg spricht im „Böfl. Beobachter“ die Ueberzeugung aus, daß Brüning Hitler Platz machen müsse.



Der Berner „Bund“ zum Kaiserwechsel

Bern, 31. Mai. Das führende Blatt, das häufig die Anschauungen der schweizerischen Regierung wiedergibt, schreibt zu dem Rücktritt des Reichskanzlers Brüning: Reichspräsident v. Hindenburg hat die Grenzen des bisherigen Systems der Notverordnungen gesehen und die Notwendigkeit erkannt, etwas anderes zu versuchen. Das Wahlergebnis in Oldenburg konnte die letzten Zweifel über die Richtung der politischen Entwicklung im Deutschen Reich beheben. Diese Entwicklung wäre sowieso bald über Brüning hinweggegangen.

Die Rechte des Reichspräsidenten

In der Besonderen Beilage im Staatsanzeiger vom 31. Mai veröffentlicht Landtagsdirektor Dr. Eisenmann eine Abhandlung über das Staatsrecht im Verfassungsrecht der Gegenwart. Es wird darin u. a. ausgeführt: „Der Reichspräsident, der in verschiedenster Hinsicht selbständiges Entscheidungsrecht besitzt, ist von der Verfassung durchaus als leitendes Staatsorgan gedacht, dessen Befugnisse sich keineswegs in den üblichen Vertretungs- und Repräsentationsfunktionen erschöpfen. Die Stellung des Reichspräsidenten ist — ganz abgesehen von dem erwählten Recht der Reichstagsauflösung — jedenfalls gegenüber derjenigen, die zuletzt im Herbst 1918 dem Kaiser zuerkannt war, eine unbedingt bedeutendere. Seine Stärke beschränkt sich nicht nur auf die Negative, insofern er etwa eine vom Reichskanzler vorgeschlagene Ernennung Staatsvertragsratifikation usw. ablehnt, sondern es sind ihm auch positive Möglichkeiten zu führendem Eingreifen gelassen. Kommt der Reichspräsident in einer wichtigen politischen Frage in einen unüberbrückbaren Gegensatz zur Regierung und darf er annehmen, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihm steht, so kann er selbst die Regierung entlassen und mit einer unter Gegenzeichnung des neuen Reichskanzlers neugebildeten Regierung den Reichstag auflösen, um der neuen Regierung durch einen neuen Reichstag eine tragfähige Parität zu schaffen. Früher war die Zulässigkeit dieser Maßnahme umstritten. Inzwischen hat aber die von der Mehrheit der Staatsrechtslehrer schon immer vertretene, die Zulässigkeit behandelnde Auffassung durch das Reichsministergesetz von 1930 ihre rechtlich unantastbare Bestätigung erhalten.“

Neue Nachrichten

Donnerstag Reichsrat

Berlin, 31. Mai. Der Reichsrat hält seine nächste Vollversammlung am Donnerstag nachmittag ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. eine Aenderung der Ausführungsordnung zu dem Gesetz über Schusswaffen und Munition und ein Gesetzentwurf über die Bekämpfung der Reblaus. An neuen Vorlagen sind eingegangene Verordnungsentwürfe über Handelsklassen für Weizen, Roggen, Futtergerste und Hafer und über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer von Umsatzsteuervergünstigungen für Östpreußen.

**Wahlwunschtelegramm des preussischen Ministerpräsidenten an den Papst**

Berlin, 31. Mai. Der preussische Ministerpräsident Braun hat dem Papst Pius XI. zu seinem 75. Geburtstag folgendes Telegramm geschickt: „Zu Eurer Heiligkeit 75. Geburtstag wünsche ich im Gedenken an die freundschaftlichen Beziehungen des preussischen Staats zum Apostolischen Stuhl, daß Eurer Heiligkeit noch viele Jahre im körperlichen und geistigen Frische zum Segen der katholischen Kirche und zum Wohl der in schwerer Not befindlichen Völker beschieden sein mögen.“

Kommunistischer Ueberfall

Burscheid, Reg.-Bez. Düsseldorf, 31. Mai. Einige von einer Kundgebung in Barmen zurückkehrende Nationalsozialisten wurden nachts in Hülgen von einer Gruppe Kommunisten überfallen. Dabei wurden der Nationalsozialist Polizeibeamter a. D. Kehler erschossen, zwei weitere durch Schüsse schwer verletzt. Die Täter flüchteten.

Eröffnung des bayerischen Landtags

München, 31. Mai. Bei vollbesetztem Haus und dicht gefüllten Tribünen trat der neu gewählte bayerische Landtag heute vormittag 11 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Gleich bei Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten, Abgeordneten Wollich (Bsp.), kam es zu einem Zwischenfall, als die neu gewählten kommunistischen Abgeordneten verließen, trotz lebhaften Widerspruches des Hauses im Sprecher ihre Kampfsprüche vorzutragen. Mit erhobenen Fäusten und dem dreimaligen Rotfrontruf schloß die kommunistische Kundgebung. Darauf erst konnte der Alterspräsident seine Begrüßungsansprüche halten.

Darauf trat das Haus in die Wahl des Präsidiums ein. Zum ersten Präsidenten wurde wieder Abg. Stang (Bsp.) mit 120 gegen 7 Stimmen der Kommunisten gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der nationalsozialistische Abgeordnete, Bürgermeister der Stadt Coburg, Schwede, mit 93 Stimmen bei 23 weißen Jetteln der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten, zum zweiten Vizepräsidenten Abg. Auer (Soz.) mit 72 bei 42 weißen Jetteln der Nationalsozialisten wieder gegen die kommunistischen Stimmen gewählt.

Begrenzung der Direktorengelöhner in Polen

Warschau, 31. Mai. Die polnische Regierung kündigt eine Verordnung des Staatspräsidenten an, in der die Einkünfte der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in den Großunternehmungen von Industrie und Handel auf eine bestimmte Höchstsumme beschränkt wird. Auch die Gehälter der leitenden Angestellten in der Privatindustrie sollen herabgesetzt werden.

Ein großer Sieg der Japaner?

Charbin, 30. Mai. Das japanische Hauptquartier gibt bekannt, daß General Honjo nach mehrstündiger Vorbereitung einen entscheidenden Sieg über die für die chinesische Zentralregierung kämpfenden Truppen des Generals Maichan nördlich von Charbin errungen habe. Die Verluste Maichans an Toten und Verwundeten werden mit 4000 Mann beziffert. Durch diesen Sieg dürfte den Japanern nunmehr der Weg den Sunganriß abwärts offenstehen. Rufen sie in dieser Richtung vor, so ist damit zu rechnen, daß sie in wenigen Wochen den Amur erreichen, der die Grenze zwischen Rußland und der Mandchurei bildet.

Die letzten japanischen Truppen verlassen Schanghai

Schanghai, 31. Mai. Die letzten japanischen Truppen unter Führung des Generals Ueda werden heute nachmittag eingeschifft werden, um nach Japan zurückgebracht zu werden. In Schanghai werden lediglich insgesamt 100 japanische Polizisten, Land- und Seefeldaten zurückbleiben.

Die Bedingungen der französischen Sozialisten

Paris, 31. Mai. Eine Vertreterversammlung der sozialistischen Partei hat mit großer Mehrheit folgende Bedingungen für die von den Radikalen (Linksdemokraten) gewünschte Beteiligung der soz. Partei an der Regierungsbildung beschlossen: 1. Organisation des Friedens durch die Verständigung der Nationen und das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren, strikte Herabsetzung der Militärausgaben, und zwar auf den Stand von 1928. (1) Diese Maßnahmen soll spätestens in zwei Budgetjahren und, wenn die von Frankreich in Genf hinsichtlich des durch die Abrüstung geschaffenen Friedens zu ergreifenden Initiativen es gestatten, schneller durchgeführt werden. 2. Verbot des Handels mit Kriegswaffen, sofortige Kontrolle und Nationalisierung der Kriegsmaterialfabriken, und 3. Haushaltsausgleich durch eine Reihe von Maßnahmen unter Ausschluß sozialer Aufgaben, der landwirtschaftlichen Kredite, der Lohn- und Gehaltsfürungen und der Verkürzung der Rechte der Kriegsveteranen und ehemaligen Frontkämpfer. 4. Schutz der Sporer und Banküberwindung. 5. Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugung gegen die Spekulation und Verkaufserlöse, und zwar durch Schaffung öffentlicher Getreide- und Düngemittel. 6. Sanierung der Eisenbahngesellschaften, nicht etwa durch Tarifherabsetzungen oder Lohnherabsetzung, sondern durch Ausschaltung der Eisenbahngesellschaften, Organisation eines einheitlichen nationalen Eisenbahnnetzes und Errichtung eines allgemeinen Verkehrsamts. 7. Schaffung eines allgemeinen Versicherungssystems, durch das die Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit und die Landwirte gegen Missernten geschützt werden, und zwar durch Verstaatlichung der privaten Versicherungsgesellschaften. 8. Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnkürzung. 9. Allgemeine politische Amnestie.

Württemberg

Stuttgart, 31. Mai.

**Kleine Anfrage wegen der Oberamtsparkeasse in Vödingen.** Abg. Reiner (MS.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Bei der Oberamtsparkeasse in Vödingen-Eng sind durch Verschulden der beamteten Leiter Verluste entstanden, die sich auf mindestens 500 000 bis 600 000 Mark belaufen sollen. Nach meiner Unterrichtung soll bereits vor Jahresfrist das Württ. Innenministerium bzw. der Württ. Landtag auf die Verhältnisse in der Leitung der Kasse aufmerksam gemacht sein. Ich frage das Württ. Staatsministerium: 1. Stimmt es, daß etwa vor Jahresfrist die vorerwähnte Warnung an die höchste Aufsichtsstelle erging? 2. Wer ist dafür verantwortlich, daß trotz Warnung nicht rechtzeitig die Verhältnisse bei der Kasse geprüft und unfähige Beamte entfernt werden? 3. Was ist geschehen, um Vermögen und Einkommen der verantwortlichen Leiter der Kasse, insbesondere des Landrats Bögel, der bereits strafverurteilt sein soll, des Sparfassenleiters Toberer, der verhaftet wurde, und des Gegenrechners Wischuf, der sich der Verantwortung durch Selbstmord entzog, hat, wie auch der sonstigen verantwortlichen Aufsichtsorgane nach Feststellung pflichtwidrigen oder fahrlässigen Verhaltens zur Deckung der entstandenen Verluste sicher zu stellen? 4. Was gedenkt das Württ. Staatsministerium zu tun, um künftig derart unglückliche Vorfälle bei öffentlichen Kassen unmöglich zu machen? Ich bitte um schriftliche Antwort bis 12. Juni d. J. Von einer Besprechung der Vorfälle im Landtag sehe ich vorläufig ab.

**Rechnungsergebnisse des württemb. Staatshaushalts.** Finanzminister Dr. Dehlinger hat dem Landtag eine Nachweisung der Rechnungsergebnisse des württ. Staatshaushalts vom Rechnungsjahr 1930 (1. April 1930 bis 31. März 1931) zugehen lassen. Darnach betragen bei der laufenden Verwaltung die wirklichen Ausgaben im ordentlichen Dienst 150 457 013,02 RM, gegenüber dem Rechnungssoll von 157 973 479,12 RM, somit die Reste 7 516 466,10 RM; gegenüber dem Voranschlag mit 162 679 759 RM, erob sich im Rechnungssoll ein Ueberschuß von 4 706 279,88 RM. Im außerordentlichen Dienst stellte sich das Ueberschuß gegenüber dem Rechnungssoll auf 1 842 664,69 RM. Bei den Einnahmen der laufenden Verwaltung ergab sich im Rechnungssoll gegenüber dem Voranschlag ein Ueberschuß von 4 320 299,88 RM, im außerordentlichen Dienst ein Ueberschuß von 1 842 664,69 RM. Die wirklichen Einnahmen hatten betragen im ordentlichen Dienst 157 288 628,29, im Rechnungssoll 157 973 479,12, die Reste 684 850,83 RM. Im ordentlichen Dienst des genannten Rechnungsjahres ergab sich bei den wirklichen Einnahmen eine Vereinnahmung von 6 831 615,27 RM, dem ein Mehrbetrag der Ausgabenreste in gleicher Höhe gegenübersteht. Dadurch ist der im Voranschlag vorgesehene Mehrbetrag von 385 980 RM. ausgeglichen.

**Ein Kessel explodiert.** Gestern nachmittag explodierte unter ungeheurem Knall in einer Schlosserei in der Wagnerstraße der Kessel eines Schweißapparats. Der durch die Explosion entstandene Luftdruck war so stark, daß in einer benachbarten Wirtschaft Säte von den Haken geschleudert wurden. Ein Arbeiter wurde über dem linken Auge verletzt.

**Böblingen, 31. Mai.** Der 3000. Besucher im Deutschen Luftfahrt-Museum. Am letzten Sonntag wurde im Deutschen Luftfahrt-Museum in Böblingen der 3000. Besucher gezählt. Allein in den vergangenen 3 Wochen wurde das Museum von 1500 Personen besucht. Großes Interesse zeigten besonders auch Vereine. Die Leitung des Museums hat sich entschlossen, für jeden weiteren 500. Besucher einen Freiflug anzubieten, der anschließend an die Besichtigung vom Gewinner abgelesen werden kann.

**Kleinenglingen DM. Reutlingen, 31. Mai.** Ein Geisteskranker fährt Auto. Am Sonntag mittig fuhr in der Nähe des Gasthofs zum „Hirsch“ ein Personenvagen an eine Telegraphenstation. So daß er schwer beschädigt quer in der Mitte der Straße stand. Der Fahrer des Wagens, der unterlegt blieb, stieg aus, ließ das Auto unbeachtet stehen und setzte seinen Weg zu Fuß fluchtartig auf der Straße nach Börsloch fort. Mit einem Kraftwagen wurde der Ausreißer zurückgeholt und auf dem Rathaus verhört; seine Aussagen waren aber so verwirrt, daß man nichts Bestimmtes erfuhr. Aus den Papieren war ersichtlich, daß das Auto aus Maulbronn stammte, wo dann Nachforschungen ergaben, daß der Fahrer in Begleitung zweier Herren und eines Chauffeurs nach Tübingen in die Nervenklinik verbracht werden sollte. Unterwegs hielt die Begleiter eine Rücksprache bei einem Spezialarzt in Waldhausen. Dies benutzte der Kranke und bemächtigte sich des Wagens, um davorzufahren.

**Ehlingen, 31. Mai.** Betrügerische Holzverkäufer. In letzter Zeit wird von auswärtigen Händlern in Ehlingen Buchen- und Tannenholz in Säcken verkauft. Nach den Angaben der Händler sollte ein Sack mit Buchenholz 1 Zentner und ein Sack mit Tannenholz 80 Pfund wiegen. Bei der Gewichtsprüfung wurde festgestellt, daß die Säcke mit Buchenholz nur 80 Pfund und die Säcke mit Tannenholz nur 49 Pfund enthielten.

**Balingen, 31. Mai.** Am Blettenberg abgestürzt. Am Sonntag stürzte Postassistent Fried von hier, als er die sog. Rutsch- am Steilhang des Blettenbergs auf der Talseite nach Dotternhausen passieren wollte, wohl infolge Steinchlags 15—20 Meter tief in die Tiefe, bis er auf eine Fichte prallte und aufgehoben wurde. Mit schweren Verletzungen, einem Unterschenkelbruch, zahlreichen Quetschungen, Schürfwunden und Blutergüssen wurde er aufgefunden und von Mitgliedern des Roten Kreuzes Balingen nach Anlegung von Notverbänden von der Unfallstelle zu Tal getragen, wo ihn das Sanitätsauto zur Verbringung ins hiesige Krankenhaus übernahm.

**Rottweil, 31. Mai.** Verhaftung. In Albingen wurde in der Münzfälschungsangelegenheit als weiterer Mitarbeiter der Inhaber einer mechan. Werkstätte Hans Maier festgenommen, in dessen Arbeitsraum die Fälschmünzer eine in Schwemningen erworbene Pendelpresse aufgestellt hatten, die jedoch beim ersten Probeversuch infolge zu starker Einstellung der Transmission unbrauchbar wurde.

**Tübingen, 31. Mai.** Ueberreichung einer Komplikette an die Universität Tübingen. Heute mittig überreichte der italienische Generalkonsul in Stuttgart Commendatore Renzo Ferrata der Universität Tübingen im Auftrag seiner Regierung eine Plakette der Göttin Roma. Sie ist von der italienischen Regierung geschenkt worden, um an allen Stätten, an denen italienische Sprache und Kultur gepflegt werden, eine unmittelbare und sichtbare Verbindung mit dem italienischen Staat als dem starken Hort und Hüter der römischen Kultur herzustellen.

Verbandstag der württ. Metzger

Reutlingen, 31. Mai. Wirtschaftsminister Dr. Maier zur Frage der Schlachtsteuer. Auf dem gestrigen württembergschen Fleischerbezirksstag nahm Wirtschaftsminister Dr. Maier zur Frage der Einführung einer Schlachtsteuer Stellung. Er betonte, daß die württ. Regierung die Einführung dieser Steuer bisher abgelehnt habe, weil es untragbar erdienen, neue Steuern aufzuerlegen. Baden und Bayern hätten scharf Württemberg aufgefordert, bei der Einführung dieser Steuer mitzumachen. Bisher sei der württembergsche Etat in Ordnung gewesen und man habe deshalb auf die Steuer verzichtet können. Nun aber müsse man mit einem Abmangel von 8—10 Mill. RM. rechnen und es bleibe nichts anderes übrig, als diesen Mehrbetrag entweder durch neue Steuern oder durch rücksichtslose Einsparungen auszugleichen. Es wäre bedauerlich, wenn sich zeigen würde, daß Württemberg auf die Schlachtsteuer nicht verzichten kann. Vom Bezirksstag wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Schlachtsteuer wendet.

In der gestrigen Hauptversammlung des Bezirksvereins Württemberg im deutschen Kreisverband wurde eine Entschließung angenommen, die verlangt, daß der Kampf gegen die Konsumvereine und Warenhäuser mit allen erdenklichen Mitteln geführt wird. Ueber das Hauschlachtungsweesen der Landwirte berichtete Obermeister Gehrung-Heumaden, der eine Klärung der Frage verlangte, ob Hauschlachtungen bei Landwirten und eine damit verbundene Auspflanzung des Fleisches als gewerbmäßig im Sinn des Gesetzes anzusehen sind. Die Schlachtsteuer wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag von Obermeister Knörzer-Weinsberg, auf eine Ermäßigung der Fleischergebühren hinzuwirken, und ein Antrag von Obermeister Ueda, die Finnenkrankheit in die Hauptmangelliste aufzunehmen. Zustimmung fand außerdem ein Antrag von Obermeister Stöckle-Stuttgart auf Ablehnung der 40-Stundenwoche. Der nächste Bezirksstag findet in Bad Mergentheim statt.

Aus Stadt und Land

Magold, den 1. Juni 1932.

Für das Können gibt es nur einen Beweis: Das Tun. Ebner-Eisenbach.

Gewerbeausstellung Magold

Gestern versammelten sich wiederum die Ausstellungsausgänge und Gewerbevereinsmitglieder unter dem Vorsitz von Hermann Kapp im Rathhausaal. Inspektor Kapp vom Landesgewerbeamt Stuttgart, der schon seit dem Jahre 1921 manche Ausstellung aufgezogen hat, gab als berufener Fachmann wertvolle Anregungen aus seiner Praxis, die den nunmehr tätigen Einzelangestellten in vielen Dingen richtunggebend sein werden.

Vom Musikverein

Morgen abend ist der freiwillige Arbeitsdienst zu einem Musikabend ins Seminar eingeladen. Es werden Männerchöre und Balladen zum Vortrag kommen. Gäste aus der Stadt sind willkommen.

**24 Monate Ziel** gewährt bei Einkauf von Möbeln, Betten- und Polsterwaren. **HANS HESS, NÜRNBERG, Fürthstraße 36.** Verlang. Sie kostenlos Zusendung des illust. Kataloges Nr. 79 selbst Preisliste.



# Die Amtsversammlung vom 30. Mai 1932

## Weitgehende Maßnahmen für die Unwettergeschädigten

Am Montag, den 30. Mai, kamen die Mitglieder der Amtsversammlung unter dem Vorsitz des Oberamtsvorstands, Landrat Paul Klinger, zur alljährlichen Tagung im Rathaus in Nagold zusammen. Vor Beginn der Verhandlungen erinnerte der Vorsitzende in längerer Ausführungen an das am Pfingstmontag wiederum über unseren Bezirk hereingebrochene trübende Unwetter. Die zu den Schäden des Vorjahres nun erneut und in besonders verheerendem Ausmaß betroffenen Gemeinden Sulz und Gillingen, aber auch die Gemeinden Wildberg, Emmingen, Nagold und Jelshausen, sowie deren durch das Unwetter geschädigten, notleidenden Bürger verklärte er nicht nur des heraldischen Mitgeföhls der Amtsversammlung, er stellte ihnen auch weitgehende Hilfe in Aussicht. Daß unser durch Arbeitslosigkeit und Holzpreise ohnedies schwer belasteter Bezirk dies Unglück nicht allein aus eigener Kraft zu überwinden vermöge, daß also der Württ. Staat weitgehend an Vinderung der Last sowie an Wiederherstellung der Schäden sich beteiligt, darf bestimmt erhofft werden. Dem auch der Amtsversammlung angehörenden Landtagsabgeordneten Bahner sprach der Vorsitzende bei dieser Gelegenheit den Dank dafür aus, daß er sich in letzter Woche im Landtag so nachdrücklich für unseren Bezirk eingesetzt hat. Nach einigen Bemerkungen zu der leider gerade unser Vaterland am verheerendsten bedrückenden allgemeinen Wirtschaftskrise und nach einer Mahnung, den Mut trotz allem Schwere nicht sinken zu lassen, erlittet der Vorsitzende (wie bisher schon üblich) einen das Wesentliche erfassenden Bericht über den Gang der Amtsversammlungsverwaltung seit der letzten Tagung der Amtsversammlung. Daraus darf besonders hervorgehoben werden: Die Not der Zeit der auf unserem ganzen Wirtschaftsleben liegende Drud, die insbesondere unseren Heimatbezirk so schwer belastende, allmählich zu einem Dauerzustand gewordene Krise der Land- und Forstwirtschaft und der Holzindustrie wirkt sich auch bei den Leistungen der Gemeinde- und der Oberamtsverwaltung aus; so sind bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1931 noch drei Viertel im Rückstand. — Das Jugendamt hatte mit seinen 303 Pflegekindern und über 500 Amtsvormundschäften eine Fülle von Arbeit. — Die Bezirks-Krankenhausverwaltung ergab auch im letzten Rechnungsjahr ein zufriedenstellendes Ergebnis. Die Amtsverwaltung hatte unter Zurechnung von Schulzinsen und Tilgungsraten rund 21 700 Mark zuzuschreiben. Die durchschnittliche Belegungszahl ist gegenüber dem Vorjahr von 64 auf 60 Betten zurückgegangen; für das neue Jahr wird wohl mit einem weiteren Rückgang zu rechnen sein, so daß mit Rücksicht auf die stark herabgesetzten Verpflegungsgebühren die Abfuhr sich künftig etwas ungünstiger auswirken wird. Der Bezirk kann froh sein, daß der Krankenhausumbau noch in letzter Stunde gewagt und so einem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen wurde; heute könnte die Verwirklichung solcher Pläne nicht mehr in Frage kommen. — Die Landwirtschaftsschule, die in ihrem neuen Gebäude zweckentsprechend untergebracht ist, wurde im letzten Winter von 22 Schülern besucht. Sie ist in guten Händen. Es kann nur bedauert werden, daß so mancher Landwirt sich auf den Besuch der Schule in Anbetracht der Not der Landwirtschaft derzeit verzichten muß. — Die Oberamtsverwaltung befindet sich in erfreulicher Aufwärtsentwicklung. Die Gesamteinnahmen betragen derzeit annähernd 3,2 Millionen (gegenüber 2,9 Millionen im Jahr 1931). In den schwereren Krisentagen des Juli 1931 hat sich die Sparkasse dank ihrer Zahlungsbereitschaft, aber auch der besonnenen Haltung der Sparer der Lage gewachsen gezeigt. Bei der Zinspolitik war und ist es stets Bestreben, die Spanne zwischen Soll- und Haben zinsen nach Möglichkeit zusammenzubrühen. — Beim Bezirkswohlfahrtsrat kam die allgemeine Not am anschaulichsten wieder zum Ausdruck. Die Ausgaben überschreiten sich auf rund 100 000 Mark. An der Amtsverwaltung selbst werden heuer wohl rund 26 000 Mark hängen bleiben. — Die Schäden der Amtsverwaltung belaufen sich einschließlich des an die Stadtgemeinde Wildberg weitergegebenen Notkreditdarlehens auf rd. 481 000 Mark. — Bezüglich der Bestreitungen nach Bereinigung der Gemeinden Engtal und Englitzerte, sowie deren Zuteilung zum Bezirk Neuenbürg hat der Gemeinderat Engtal neuerdings beschlossen, die Verhandlungen bis auf weiteres zu vertagen. — Im übrigen ist aus den Verhandlungen wissenswert: In den Bestreitungen wurden mit durchweg fast sämtlichen Stimmen die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Er leitete sich zusammen aus den Herren: Bürgermeister Klinger-Nagold, Bürgermeister Pflüger, Bürgermeister Klinger, Bürgermeister Bernhardt-Halterbach, Ludwig Wohlbold-Nagold, Karl Linde-Tröschhof, Gottlieb Schüttler-Ebhausen; Stellvertreter sind folgende Herren: Paul Schmid-Nagold (Nachfolger für Gottlieb Klinger), Bürgermeister Metzger-Simmersfeld, Bürgermeister Schmid-Wildberg, Albert Gauß-Rohrdorf, Jakob Klinger-

ne-Ebhausen, Alfred Schüttler-Altensteig. — Eine Reihe langjähriger Wähler brachte keine Änderung in der bisherigen Personenzusammensetzung. — Eine schon im vorigen Jahre beschlossene Änderung der Satzung der Oberamtsparfasse bedarf noch der Zustimmung der Amtsversammlung. Diese wurde nun erteilt. — Unter dem Zwang der reichsrechtlichen Notverordnungen ist, wie bekannt, auch für Württemberg ein Sparloshangesehrlan erlassen worden. In diesem ist vor allem die Umgestaltung der öffentlichen Sparkassen, die bisher unselbständige körperschaftliche Einrichtungen waren, zu Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit unter Aufrechterhaltung der Haftung der bisherigen Gewerkschaften bestimmt worden. Damit ergab sich auch für die Oberamtsparfasse Nagold, ohne daß eigentlich ein besonderes sachliches Bedürfnis vorliegen hätte, ganz zwangsläufig die Notwendigkeit, eine neue Satzung zu erlassen. Dies ist durch Beschluß des Bezirksrat vom 30. Mai ds. Js. geschehen. Gleichzeitig sind als Mitglieder in den künftigen Verwaltungsrat gewählt worden die Herren Bürgermeister Klinger-Nagold und Widmann-Gillingen; zu Stellvertretern wurden berufen die Herren: Stadtrat Braun-Nagold u. Bürgermeister Bernhardt-Halterbach, Vorsitzender des Verwaltungsrat ist kraft Gesetzes der Oberamtsvorstand; 2 weitere Mitglieder und 2 Stellvertreter werden auf Vorschlag des Oberamts von der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung ernannt werden. Die Amtsversammlung nahm zum Inhalt der neuen Satzung, die am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft tritt, ohne Erinnerung Kenntnis. — Als Vertreter in die Verbandversammlung des Württ. Sparkassen- und Giroverbands wurde von der Amtsversammlung Bürgermeister Klinger-Nagold und als Stellvertreter Bürgermeister Bernhardt-Halterbach gewählt; Vertreter sind außerdem laut vorgelegener Satzung der Oberamtsvorstand und der Sparloshangesehrlan. — Die Gemeinde Wildberg erhielt entsprechend früherer Zustimmung zum Bau der „Neuen Straße“ einen Amtsvorstandsbeitrag von 5400 Mark, die Gemeinde Nottulden zum Bau der Schwarzenbachstraße einen Beitrag von 36 000 Mark. Jener ist aus Mitteln des Haushaltes 1931 voll aufgebracht, dieser wurde zum großen Teil auf dem Anleiheweg beschafft. Hierauf und zum Schuldentilgungsplan erteilt die Amtsversammlung ihre Zustimmung. — Der ziemlich ins einzelne gehende Beschluß des Bezirksrats über Umschuldung bzw. Abzahlung des zum Krankenhausumbau gemachten langfristigen Darlehens der Landesversicherungsanstalt Württemberg von ursprünglich 50 000 Mark wurde von der Amtsversammlung genehmigt. Das Kreditdarlehen wird vorläufig noch rund 10 000 Mark betragen. — Auch mit den von der Landesversicherungsanstalt für Angestellte verlangten Bedingungen zur Verlängerung ihres Krankenhausharlehens, die mit der reichsrechtlichen Zins- und Senkungsaktion nicht ganz in Einklang zu bringen sind, hat sich die Amtsversammlung auf Vorschlag des Bezirksrats notgedrungen einverstanden erklärt. Kreditdarlehen sind 180 000 Mark. — Gegen die Errichtung einer Tuberkuloseklinik in Wildberg, durch die die Amtsverwaltung nicht belastet wird, wurde nichts erinnert. — Von den Beschlüssen des Bezirksrats über Verlängerung des der Stadtgemeinde Wildberg seinerzeit gewährten Notkreditdarlehens nahm die Amtsversammlung ebenfalls ohne Erinnerung Kenntnis und beschloß, den auf Juli vorigen Jahres verfallenden Halbjahreszins mit Rücksicht auf das im Mai 1931 aus über Wildberg hereingebrochene Unwetter nachzulassen. Das Notkreditdarlehen beläuft sich derzeit auf rund 49 400 Mark (genügt wurden aus einem außerordentlichen Holzdarlehen und 50 000 Mark); die Verlängerung läuft bis 31. Juli 1934; Zinsfuß im ersten Verlängerungsjahr 4 Prozent, dann jährlich 4,5 Prozent. — Mit dem Beschluß des Bezirksrats, der Gemeinde Gillingen als Unterhaltungsbeitrag in den Unwettergeschädigten vom Mai-vorigen Jahres 600 Mark, der Gemeinde Sulz 2000 Mark und der Stadtgemeinde Wildberg 1200 Mark zu bewilligen, war die Amtsversammlung einverstanden. Sie genehmigte auch den Bezirksratsbeschluß, wonach der Stadtgemeinde Wildberg zu den Sturzschäden in ihrem Wald, jedoch ohne Anerkennung eines Borgans und nur mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Stadtgemeinde, ausnahmsweise ein Unterhaltungsbeitrag von 2500 Mark bewilligt wurde; dieser geht am Notkreditdarlehen ab. — Hierauf nahm die Amtsversammlung die Höhe (d. h. die Rechnungsanerkennung und die Rechenschaftslegung) für eine Reihe von amtsvorstandschaftlichen Rechnungen des Jahres 1930 vor. — An Straßewartschaften wurde genehmigt: die sog. Stichmannlage für das Rechnungsjahr 1931 (danach ist von den Gemeinden für jede Straßewartschaft ohne Rücksicht darauf, ob diese durch einen beamteten oder einen privatrechtlich beschäftigten Wärter besetzt ist, ein fester Betrag von 1650 Mark zu bezahlen); die Streichung des Wohnungsgeldes und der Kin-

derzulagen für die beamteten Wärter ab 1. April 1932; die Herabsetzung der Besoldung für 3 nicht mehr im bisherigen Umfang in Anspruch genommene Straßewartler. — Bekanntgegeben wurde hierauf eine Reihe von Bezirksratsbeschlüssen, die durchweg unter dem Gesichtspunkt des Sparzwangs gefaßt worden sind. Dem Beispiel des Bezirksrats entsprechend, der die Tagelöhner und Diäten für sich selbst um 20 Prozent ab 1. Nov. 1931 gekürzt hat, war die Amtsversammlung ohne weiteres damit einverstanden, daß auch die Tagelöhner und Diäten anlässlich ihrer eigenen Versammlungen in gleicher Weise gekürzt werden. Schließlich gab sie ihre Zustimmung zu der vom Bezirksrat mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab erlassenen Bezirksverordnung über die Reisekostenerstattung der Amtsversammlungsbeamten; danach ist gegenüber den für die Staatsbeamten derzeit noch geltenden Sägen folgende Kürzung durchgeführt worden: beim Lebernachtgeld im Rahmen von 19–22 Prozent, bei den Diäten der sog. Außenbeamten im Rahmen von 17–26 Prozent, bei den Diäten der übrigen Beamten mit rund 10 Prozent. Bisher wurde das sog. Gemeindefunkel am Reiseunterstützungsaufwand ganz von der Amtsverwaltung getragen. Seit 1. April 1932 ist es zulässig, bis zu 30 Prozent dieses Aufwands von der Amtsverwaltung auf die betreffenden Wohnortgemeinden in Form eines Erlasses abzuwälzen. Der Bezirksrat hat vorgeschlagen, diese Ermächtigung voll auszunutzen. Die Amtsversammlung nahm diesen Vorschlag schließlich mit 27 gegen 3 Stimmen an. Die Anteile der Amtsverwaltung am Reiseunterstützungsaufwand betragen bisher 1943 Mark im Rechnungsjahr 1929, 8158 Mark im Jahr 1930, 18 211 Mark im Jahr 1931; für das Rechnungsjahr 1932 sind nach Abzug der vorgenannten dreißigprozentigen Ersätze netto 14 700 Mark vorgegeben. — Einen breiten Raum der Tagesordnung nahmen auch die Unterhaltungsmaßnahmen für die Unwettergeschädigten vom Pfingstmontag ein. Die Amtsversammlung war sich darüber einig, daß im Rahmen des irgendwie Möglichen von Seiten des Bezirks alles zu tun ist, um den Gemeinden bei der Wiedergutmachung der zum Teil ungeheuren Schäden unterstützend beizustehen. Sie war sich aber auch einig darüber, daß der Staat in ganz anderer Weise, als dies z. B. im Vorjahr geschah, neben der Amtsverwaltung mit Beiträgen der Art sich an den Schäden der Gemeinden und der Privatpersonen beteiligt hat; aus dem Reich im Vorjahr gewährten Mitteln scheinen überraschenderweise noch 200 000 Mark zur Verfügung zu stehen. Die Amtsversammlung war sich einmütig klar darüber, daß die Anmeldung des überal verursachten Schadensbetrages so schnell wie nur möglich zu erfolgen hat und daß daher die Schädigten durch die Samverwaltungen zu beschleunigen sind. Auf Vorschlag des Bürgermeisters Klinger wurde beschlossen, an die Staatsregierung und alle zuständigen Stellen mit der Bitte um Staatshilfe nicht bloß für Privatschäden, sondern auch zu den Ausgaben der Gemeinden für Straßen und Wege heranzutreten, also ganz besonders dringend zu bitten, daß unsere durch die Krise der Land- und Forstwirtschaft und aller damit zusammenhängenden Wirtschaftszweige schon besonders misliche, durch die neue Unwetterkatastrophe aber an das Ende der Leistungsfähigkeit gekommene Finanzlage bei Gewährung der staatlichen Unterstützung, insbesondere zum Unterschied gegenüber der bisher anscheinend besorgten Praxis aber bei der Ausschüttung der allg. Staatsbeiträge gebührend berücksichtigt wird. Die Amtsversammlung beschloß auf Vorschlag des Bezirksrats aber auch weiter, im Haushaltsplan der Amtsverwaltung für 1932 als Mittel zur Unterstützung der unwettergeschädigten Gemeinden einen „Beihilfebetrag“ von 10 000 Mark vorzusehen. — Der Haushaltsplan der Amtsverwaltung für das Rechnungsjahr 1932 (also für die Oberamtsverwaltung, das Bezirkswohlfahrtsamt und das Jugendamt) wurde entsprechend dem Vorschlag des Bezirksrats genehmigt und beschlossen, nach Heranziehung der vorläufig errechneten verfügbaren Reserven von rund 33 400 Mark auf die Bezirksgemeinden 150 000 Mark umzulegen (im Vorjahr 200 000 Mark). Bei dieser Gelegenheit kam die Sprache auch auf die derzeitige und künftige personelle Besetzung der Amtsvorstandsstelle am Bezirkskrankenhaus. Die Amtsversammlung nahm ohne Erinnerung auch zum Vorschlag der Oberamtsparfasse für 1932 Kenntnis. Die Mehrausgaben werden ohne Zweifel aus Zinsüberschüssen gedeckt werden. — Nachdem Bürgermeister Klinger noch die erfreuliche Tatsache des guten Einvernehmens bei Abwicklung der Geschäfte und auch die Verdienste des Vorsitzenden bei Leitung der Amtsversammlungsverwaltung gewürdigt hätte, vereinigten sich die Amtsversammlungsmitglieder nach 4stündigen Verhandlungen zum üblichen gemeinsamen Mittagessahl im Gasthaus zur „Post“.

## Letzte Nachrichten

### Der Auftrag des Herrn von Papen.

Berlin, 31. Mai. Die Beauftragung des Herrn von Papen mit der Neubildung der Regierung zeigt, daß der Reichspräsident mit seinen Parteiführerbesprechungen programmatisch zu Ende gekommen ist. Herr von Papen wird sich nun morgen mit den Persönlichkeiten in Verbindung setzen, die für das neue Kabinett in Frage kommen. Er wird voraussichtlich spätestens Donnerstag vormittag, wahrscheinlich aber bereits morgen im Laufe des Tages mit der Kabinettsbildung so weit fertig sein, daß er dem Reichspräsidenten die Ernennung der Minister vorschlagen kann.

Als Persönlichkeiten, die in erster Linie für das Kabinett von Papen in Frage kommen, werden genannt:

- Außerdem: Freiherr von Gans oder von der Osten;
- Auswärtiges: Botschafter von Neurath;
- Reichswehr: General von Schleicher;
- Wirtschaft: Der St. Reichswirtschaftsminister Warmbold;
- Arbeit: Dr. Södelers.
- Ernährung: Freiherr von Hüning;
- Justiz: Reichsminister Joel;
- Post: Reichsminister Schögel;
- Finanzen und Verkehr steht noch nicht fest.

### Der designierte Kanzler von Papen.

Berlin, 31. Mai. Der heute abend mit der Kabinettsbildung beauftragte Zentrumsvorsitzende Franz von Papen, der im Jahre 1921 im Wahlkreis Weiskalen-Nord in den preussischen Landtag gewählt wurde und seit dieser Zeit Mitglied des Landtags ist, gehört dem rechten Flügel des Zentrums an. Er wurde am 29. Oktober 1879 in Berlin in Westfalen geboren und hatte ursprünglich die Offizierslaufbahn eingeschlagen. Während des Krieges war er Militärattaché bei der deutschen Botschaft in Washington. Nach seiner Abberufung von diesem Posten wurde er Oberstleutnant und Generalstabsoffizier der vierten türkischen Armee. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der „Germania“ und außerdem Vorstand zahlreicher landwirtschaftlicher Berufsorganisationen, sowie Mitglied des deutsch-französischen Studienkomitees.

### Die Nachmittagsempfänge von Parteiführern beim Reichspräsidenten.

Berlin, 31. Mai. Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag die Führer des Christlichen Volksbundes und der Konservativen Volkspartei, Abgeordnete Simonsdörfer und Graf Weiskopf, ferner den Vorsitzenden des Bayerischen Volkspartei, Paul Reich, den Vorsitzenden des Deutschen Landvolks, von Hauschild, sowie von der Deutschen Staatspartei Abgeordnete Weber und Dr. Meyer.

### Kriegsgerichtsverhandlung gegen Schulrat Meyer und gegen Weder beschlossen.

Konno, 31. Mai. Das Kriegsgericht hat in der Sache gegen Weder und Schulrat Meyer den Beschluß gefaßt, die Verhandlungen noch vor den Gerichtsferien zu beginnen und zu Ende zu führen. Ein Termin ist noch nicht festgelegt worden.

### Brüderkonferenz im Vereinshaus

Auf die heute nachmittag 2 Uhr im Vereinshaus stattfindende jährliche Brüderkonferenz, bei der als Hauptredner der hier bestens bekannte Herr Luß-Stuttgart spricht, sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

### Schärfere Ueberwachung der Arbeitsloshangefürsorge

Der seit August 1930 eingerichtete Aufendienst der Arbeitsloshangefürsorge hat in der Zeit vom 1. Oktober 1930 bis 30. September 1931 460 000 Unterhaltungsfälle nachgeprüft und bei 110 000 (24 v. H.) eine nachträgliche Entscheidung über die Unterhaltungen herbeigeführt. In 65 000 Fällen wurden demzufolge wegen mißbräuchlicher Ausnutzung Verringerungen getroffen, wodurch 35 Mill. M. an Unterhaltungsbeiträgen eingespart wurden.

### Jelshausen, 31. Mai. Arbeitsjubiläum.

Mit heutigem Tage tritt Werkmeister Georg Weig nach mehr als 31jähriger Tätigkeit bei den Vereinigten Deckenfabriken Calw AG, Nagold in den Ruhestand. An festlich geschmückter Arbeitsstätte sprachen ihm Direktion, Angestellte und Arbeiter ihre Glück- und Segenswünsche aus und ehrten ihn durch Spenden. (Auch wir wünschen dem Jubilär noch viele, zufriedene Jahre im Ruhestand. Die Schriftl.)

### Halterbach, 31. Mai. Generalversammlung.

Im Gasthaus zum „Ochsen“ tagte am Sonntag die jährliche Hauptversammlung des Gewerbevereins. Vorstand Flaschnermeister Brezing begrüßte die Erschienenen, wobei er betonte, daß er im Bild auf den in heutiger Zeit besonders wichtigen Zusammenhalt der Handwerker einen besondern Besuch erwartet hätte. Kassier und Schriftführer Jakob Helber, Schreinermeister, erstattete den Jahres- und Kassenerbericht. Nach Prüfung der Kassenerrechnung wurde ihm Entlassung erteilt und Dank ausgesprochen. Kassier Helber berichtete sodann über die Generalversammlung in Baiersbrunn und den daselbst von Syndikus Eberhard gehaltenen Vortrag über die wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks, sowie über die Eingabe an die Deutscherkrankenkasse Nagold betr. Herabsetzung der Krankentafelbeiträge. Vorstand Brezing erstattete Bericht über die Generalversammlung in Birkel- und Herrenalb, sowie über die Eingabe an den Konsumverein Nagold zwecks Befreiung der beim hiesigen Konsumverein einlaufenden Gelder auf der hiesigen Spar- und Vorschaubank. Die Wahlen ergaben bei geheimer Abstimmung die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, Schriftführers und Kassierers. Auch die Ausschußmitglieder wurden wieder gewählt mit Ausnahme von Spiermeister Lehner, der eine Wiederwahl ablehnte. Von einem Jahresausflug wurde vorläufig Abstand genommen, da bis jetzt über Gewerbeausstellungen und dergl. im Lande nichts bekannt gewor-

den ist. In der anschließenden Aussprache gab Werkmeister Kasper seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß die hiesigen Handwerker ihre ihre Waren beim Konsum einkaufen, statt die ortsansässigen Kaufleute zu berücksichtigen, die doch mit Steuern härter angelegt seien als der Konsumverein. Kassier Jakob Helber gab der Versammlung bekannt, welche enormen Einnahmen die Ärzte des Bezirks Nagold jährlich von der Orts- und Bezirkskrankenkasse für Gesamthonorar und Weggeld beziehen und wie bedauerlich es sei, wenn der Ärzterverband nicht auch seinerseits durch Herabsetzung der Verzehonorare der heutigen Notzeit Rechnung trage. Im Anschluß an die Generalversammlung hielt Bezirksverwalter Klinger einen Vortrag über die Vorteile der Handwerkerkrankenkasse gegenüber anderen Krankentafeln. Auch er bemerkte, daß der Ärzterverband der schlechten Zeilage entsprechend seine Tarife reduzieren sollte, nur dadurch sei eine Herabsetzung der Kassentafelbeiträge möglich, was jedem einzelnen zugute käme. Vorstand Brezing dankte dem Redner für seinen lehrreichen Vortrag und beschloß mit der Mahnung zu weiterem treuem Zusammenhalt die antugend verlaufene Versammlung.

Reihingen, 30. Mai. Turnerbuch. Prober Turnerschaft und Kramme Turnermusik hielten am Sonntag in unserem so stillen Tale wieder. Der Turnverein Pfalzgrafenweiler hatte als Ziel seiner Frühjahrswanderung Reihingen erkoren, um zugleich auch ein ehemaliges aktives Mitglied des Vereins zu besuchen. Unsere Feurer, die gerade abte, schloß sich der Schar an und in lächelndem Marsch gingen ins Dorf hinein. Es war ein ansehnlicher „Reihung“. Anschließend führten unsere Gäste erstes und letztes Turnen vor, wie es ja in der Deutschen Turnerschaft so schön gepflegt wird. Obwohl der Himmel ein trübseliges Gesicht zeigte, war alles froh und vergnügt. Befriedigt zogen die Turner wieder der Heimat zu.

Grödenhausen, 31. Mai. Goldene Hochzeit. Vergangenen Sonntag feierten der Straßewart a. D. Friedrich Strobel und seine Ehefrau Katharine, geb. Weig, in aller Stille das Fest der goldenen Hochzeit. Beide Eheleute haben das 73. Lebensjahr zurückgelegt und sind noch rüstig. Von der württ. Staatsregierung erhielt das Jubelpaar ein Glückwunschschreiben mit Ehrenurkunde sowie eine Ehrengabe von 30 Mark, das ihnen durch den Ortsvorsteher mit den besten Wünschen überreicht wurde.

Vieringen OH, Horb, 31. Mai. Todesfall. Landwirt Georg Truffner starb vor einigen Tagen in seiner Scheuer ab, wobei er sich Wirtel- und Rippenbrüche zuzog. Er wurde alsbald in die Tübingen Klinik verbracht, wo er nun geteilt an den Folgen der schweren Verletzungen gestorben ist.



### Handel und Verkehr

#### 13. Jahresversammlung des Württ. Sparkassen- und Giroverbandes

Am Konserthaus der Niederhalle in Stuttgart fand am Dienstag unter großer Beteiligung aus dem ganzen Land die 13. Jahresversammlung des Württ. Sparkassen- und Giroverbandes statt. Der Vorsitzende der Verbandversammlung, Bürgermeister Dr. Dollinger-Stuttgart, begrüßte die Gäste, darunter Staatspräsident Dr. Boll, und die Verbandsmitglieder, worauf der Verbandsvorsteher, Präsident Reuffler, den Jahresbericht erstattete. Der Redner bezeichnete es als ein hohes Verdienst der Reichsregierung und der Reichsbank, daß sie mit aller Kraft trotz der Krise an der Wahrung festhalten haben. Der Sparanlagenbestand ist zwar von 682,9 Mill. Ende 1930 auf 676,4 Mill. RM. Ende 1931 zurückgegangen, aber die Zahl der Spardbücher ist von 840 633 auf 910 162 gestiegen. In der Zahlungsfrage haben die Sparkassen keinen Anlaß gegeben. Sie unterstehen der ständigen Aufsicht der Landesregierung. Mißstände, die sich in keiner menschlichen Einrichtung ganz ausschalten lassen, blieben auf Ausnahmefälle beschränkt. Seit Ende der Inflation ist kein einziger Sparer geschädigt worden. Aus den Erfahrungen der Zahlungsfrage heraus wurde als wichtigste Maßnahme die Sorge für die Sicherung und Steigerung der Zahlungsbereitschaft der Sparkassen betrachtet. In der Senkung der Zinslast waren die württembergischen Sparkassen und unter ihnen die des Oberlandes im Herbst 1931 führend. Nach einer vorläufigen Baukostenabrechnung auf 1. Februar 1932 betrug der Gesamtaufwand für den Zeppelindamm des Sparkassen- und Giroverbandes 5 906 194 RM. Dazu kommen noch die Bauplatzkosten in Höhe von 1 431 284 RM. Trotz der schlechten Wirtschaftslage konnte eine annehmbare Verzinsung des Baukapitals (etwa 3 1/2 Prozent) erzielt werden.

Direktor Dillmann gab ergänzende Bemerkungen zum Geschäftsbericht. Danach sind die Gesamtbestände bei den württembergischen Sparkassen — ohne Aufwertungsparaeinlagen — auf 20. April 1932 auf 700,9 Mill. RM. angewachsen gegenüber 690 Millionen RM. auf 31. Dezember 1931. Seit 1. Januar 1932 sind bei den württembergischen Sparkassen 41 095 neue Spardbücher ausgestellt worden, deren Zahl jetzt auf 951 257 angewachsen ist; auf 100 Einwohner kommen 35 Spardbücher. Von der in allen übrigen Ländern verfallenden Unfindbarkeit der Aufwertungsparaeinlagen über den 1. Januar 1932 hinaus hat Württemberg keinen Gebrauch gemacht.

Direktor Müller gab Aufschlüsse zum Geschäftsbericht der Girozentrale. Er bezeichnete das Geschäftsjahr 1931 als das schwierigste, aber auch interessanteste und lehrreichste Jahr im Bankwesen seit tausend Jahren. Da die Auflegung langfristiger Anleihen zu tragbaren Bedingungen in absehbarer Zeit nicht möglich ist, muß die kommunale Umwidmung bis auf weiteres zurückgestellt werden.

Das Geschäftsergebnis der öffentlichen Postsparkasse Württemberg bezeichnete Direktor Weber nach der finanziellen Seite wie nach der Leistung für die Wirtschaft des Landes als gut. Der Betriebsbestand ist bis heute auf 26 1/2 Mill. RM. angewachsen. In neun Zustellungen sind an 640 Postparer 4,3 Mill. RM. zur Verfügung gestellt worden.

#### Landesversammlung der Württ. Mietervereine

Schramberg, 31. Mai. In der Landesversammlung der Württ. Mietervereine am Samstag und Sonntag wurde eine Entschließung angenommen, die folgende grundsätzliche Forderungen aufstellt: 1. Beschleunigte Vortage des angekündigten sozialen Miet- und Wohnrechts. 2. Senkung der gesetzlichen Miete auf die Friedensmiete für sämtliche Mißbauwohnungen, eine weitere wesentliche Herabsetzung aller Neubauwohnungen durch allgemeine Senkung der Baudarlehenszinsen und Tilgungsraten der Landesreditanstalt und der sämtlichen öffentlichen Geldinstitute. 3. Die Wiederverwendung eines wesentlichen Teils der Gebäudeentwässerungssteuer zur Förderung des Wohnungsbaues. 4. Schaffung des seit Jahren versprochenen Bohn- und Heimstättengesetzes. 5. Aushebung der Mieterschöffen bei den Mietgerichten und Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmungen der Vierten Rotterordnung. 6. Schaffung von Richtlinien über die angemessene Miete für sämtliche Wohn- und Gewerberäume.

Die 38. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wurde am Dienstag mittags in Mannheim durch den Präsidenten der badischen Landwirtschaftskammer Dr. Graf Douglas eröffnet. Staatspräsident Dr. Schmitt-Karlsruhe hielt eine Ansprache, in der u. a. auf die Notwendigkeit einer Weisheit und Sühnwirtschaft hinwies.

Berliner Pfundkurs, 31. Mai, 15.54 G., 15.58 B.

Berliner Dollarkurs, 31. Mai, 4.209 G., 4.217 B.

Privateinkauf 4,75 v. H. kurz und lang.

St. Wbl.-Knl. 35,75.

St. Wbl.-Knl. ohne Kurs 3,87.

Württ. Silberpreis, 31. Mai, Grundpreis 42 RM. d. Ag.

Eingestellte Bankauszahlungen. Die Bankfirma Ruff, Duenzer u. Co. in Neutlingen teilt mit, daß sie wegen verstärkter Geldabhebungen der Einleger, die nicht durch entsprechende Kündigung von Bankauszahlungen ausgeglichen werden konnten, genötigt sei, auf einige Tage die Auszahlungen einzustellen.

Die Gewerbe- und Landwirtschaftsbank Weisshofen hat am Samstag ihre Schalter geschlossen. Durch die immer größer werdenden Abhebungen und Kündigungen der Genossen sah sich die Bank zu diesem Schritt gezwungen. Bei ruhiger Abwicklung ist mit einer 100prozentigen Befriedigung der Sparer und Gläubiger zu rechnen.

Die Lage in der Pforzheimer Industrie. Aus einer Umfrage der Handelskammer Pforzheim ergibt sich, daß in der Lohnwoche vom 9.—15. April d. J. bei 522 Firmen 13 347 Arbeiter beschäftigt waren mit 384 441 Arbeitsstunden. Setzt man die Beschäftigung von 1929 gleich 100 Prozent, so sank die Zahl der Beschäftigten auf 57 Prozent und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden auf 35 Prozent (wöchentlich durchschnittlich 31 Stunden).

### Märkte

Stuttgarter Schlachtlehmarkt vom 31. Mai. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 19 Ochsen, 31 Bullen, 176 Jungbullen, 315 Rinder, 236 Kühe, 1440 Kälber, 1925 Schweine, 1 Schaf. Verkauf des Marktes: Großvieh belebt, Kälber mäßig, Schweine mäßig belebt.

<b>Ochsen:</b>	24 5	29 5	<b>Kühe:</b>	24 5	26 5
ausgemästet	30—34	—	fleischig	12—15	—
vollfleischig	25—28	—	gering gemästet	9—11	—
fleischig	22—24	—	<b>Kälber:</b>		
<b>Bullen:</b>			feinste Maß- und beste Saughälber	38—41	38—40
ausgemästet	25—27	26—29	mittl. Maß- und gute Saughälber	32—37	32—36
vollfleischig	23—24	22—24	geringe Kälber	25—30	25—30
fleischig	22—23	—	<b>Schweine:</b>		
<b>Rinder:</b>			über 300 Pfd.	38—40	—
ausgemästet	35—37	34—38	240—300 Pfd.	39—40	37—39
vollfleischig	28—32	26—31	200—240 Pfd.	39—41	38—39
fleischig	24—27	22—24	160—200 Pfd.	38—39	36—37
gering gemästet	—	—	120—160 Pfd.	35—37	34—36
<b>Kühe:</b>			unter 120 Pfd.	35—37	34—36
ausgemästet	22—27	—	<b>Ziegen:</b>	28—32	—
vollfleischig	17—20	—			

Pforzheimer Schlachtlehmarkt. Zufried: 5 Ochsen, 4 Kühe, 48 Rinder, 15 Bullen, 60 Kälber, 400 Schweine. Preise: Ochsen a 32—34, b 27—30, Farben a 26, b und c 24—22, Kühe a 24, b und c 20—12, Rinder a 35—37, b 30—33, Kälber b 43—46, c 38—41, Schweine b und c 40—41, d 38—40 Markt. Marktaufschlag mäßig belebt.

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 11—22. — Niederstellen: Milchschweine 12—16. — Kieblingen: Milchschweine 14 bis 20, Käufer 40, Mutterchweine 90—100 M.

Fruchtpreise. Kalen: Weizen 13.20—14, Weizen 12—12.50, Roggen 11.80—12.90, Dinkel 10, Gerste 10.50—11, Haber 7.50 bis 9.70. — Crutkirch: Gerste 11—11.20, Haber 8.50—10, Dinkel 9. — Kieblingen: Braugerste 8.50, Haber 8.50—9.20 M.

Der Vertretertag des Landesverbands der Geflügelzüchter und Vogelwirtschafte Württembergs und Hohenzollerns tagte am Sonntag in Urach. Es wurde u. a. beschlossen, den nächsten Vertretertag in Geislingen a. St. abzuhalten. Die Landesgeflügelausstellung findet bekanntlich in Böblingen statt.

### Das Wetter

Die Wetterlage hat sich nicht wesentlich geändert. Für Donnerstag und Freitag ist mehrfach aufkläreres, aber noch nicht ganz bestimmtes Wetter zu erwarten.

Gestorbene: Anna Maria Pfommer, geb. Baier, 71 J., Ulmburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten einschließlich der Beilage Haus, Garten- und Landwirtschaft.

Egenhausen, den 31. Mai 1932.



**Todes-Anzeige**

Unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder und Onkel

**Michael Kalmbach**  
gewes. Gemeindefleher

durfte heute vormittag 11 Uhr im Alter von nicht ganz 85 Jahren zur langersehnten Ruhe eingehen.

Für die trauernden Hinterbliebenen:  
der Sohn:  
Michael Kalmbach, Gemeindefleher  
und Frau Marie, geb. Wäber.

Beerdigung Donnerstag mittag 2 Uhr.



**Ein starkes Rad**

ist unser gutes Edelweißrad. Es trägt den schwarzen Feder mit dem schwarzen Gepäck auf den schwersten Wegen bei jedem leichtem Lauf und dennoch ist es erstaunlich leicht. Maschine 130 mit neuester Freilauf, auch über Hinterrad und allen Fahrradzubehör senden an jeden gratis und kostenlos. Bitte über 7/8 Million Edelweißrad schon geliebt. Das konnten wir wohl ahnen, wenn unser Edelweißrad nicht gut und billig wäre.

**Edelweiß-Becker, Deutsch-Wertberg 33**  
Fahrrad-Leistungsfähigkeit pro Woche 1000 Edelweißrad

Nagold, den 31. Mai 1932.



**Danksagung**

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Vaters und Großvaters

**Friedrich Vischer**  
Schuhmachermeister

erfahren durften, sowie für die zahlreiche Leichenbegleitung von hier und auswärts sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Hochdorf O.A. Horb, den 30. Mai 1932



**Todes-Anzeige**

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

**Friedrich Haizmann**  
zur „Linde“

am Montag nacht 11 Uhr nach längerer Krankheit im Alter von 59 Jahren sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
die Gattin: Sofie Haizmann geb. Walz  
die Kinder: Alfred Haizmann und Frau  
Katharine geb. Haizmann  
Elfa Haizmann

Beerdigung Donnerstag nachm. 2 Uhr.

**Georgine**  
ganz allein

Der Roman einer selbständigen Frau. Von Horst Wolfram Geissler

Jetzt in der

**»WOCH«**

Für 40 Pfg. bei G. W. Zaiser Nagold.

Nagold  
**Wer vermietet Fremdenzimmer**  
in guter Lage an Ausfremde?  
Angebote unter Preis-angabe möglichst mündlich an Verkehrsverein (Stadtpflege). 1468

**Bei Anzeigen**  
die uns durch den Fernsprecher übermittelt werden, übernehmen wir keine Garantie für die richtige Wiedergabe und lehnen jede Verantwortung für etwaige Hörfehler ab. Auch eine Berichtigung oder Gratwiederholung müssen wir ablehnen.

**„Der Gesellschafter“**

**Künstliche Augen**  
fertigt naturgetreu am 9. Juni in Pforzheim. Hotel Ruf

**Gebrüder Müller-Welt**  
Stuttgart. — Ermäßigte Preise.

**Schirme**  
nimmt in

**Reparatur Herm. Knodel**  
Taschen-Fahrpläne stets vorrätig bei G. W. Zaiser, Nagold

**Mütter-beratungsfunde**  
heute Mittwoch 2 bis 4 Uhr im Jugendamt. 1475

Gesucht wird ein **Kinderrappeseil**  
zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

**Meyers Lexikon**  
neueste Aufl., ungebraucht, im Austr. bill. zu verkaufen. **Osk. Hirschberger** Freudenstadt, Marktpl. 34

**Das Wort LEBEWohl**  
müssen Sie sich einprägen, wenn Sie Ihre **Hühneraugen los sein wollen.**  
Hühneraugen + Lebewohl Bleichd. (8 Pfaster) 68 g in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben: Apotheke von Th. Schmid. 682

Die Gemeinden beziehen die zur

**Durchführung des Milchgesetzes**  
notwendigen Vorzüge, insbesondere auch die nach Reg.-Bl. 1932 S. 37 vorgeschriebenen Verzeichnisse von der Buchdruckerei G. W. Zaiser, Nagold

Die besten **10- und 15-Pfg.-Zigaretten**  
gibts bei **Hermann Knodel** ebenso **Stumpen, Zigaretten u. Tabake**

**Zum geschäftlichen Erfolg**  
führt am ehesten die **Zeitungs-Anzeige**

**LUGER Mostansatz Zibeben billiger!**  
1473